

KV-Nr.: 2592

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt)
aus 9 Blatt und ist vollständig durch-
nummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.

Einsatzbericht

Am heutigen Mittwoch wurde um 19.10 Uhr der hiesigen Dienststelle von der Polizeiwache Innenstadt mitgeteilt, dass es auf der Märkischen Straße, Höhe Finanzamt Dortmund-West, zu einem Schusswaffengebrauch durch Polizeibeamte gekommen sei. Es sei auf einen fahrenden PKW geschossen worden, wobei niemand verletzt wurde. Auf Grund dieser Informationen begaben sich KK'in Püttner und Unterzeichner unverzüglich zum Geschehensort. Beim Eintreffen gegen 19.43 Uhr war es noch taghell. Angetroffen wurden

1. POM Seibert, Walter, geb. 13.04.1976 in Witten, wohnhaft Kirchhörder Berg 17, 44229 Dortmund, Organisationseinheit: PI Mitte;
2. POM Rolfes, Benno, geb. 10.05.1974 in Holzwickede, wohnhaft Domänenstr. 24, 44225 Dortmund, Organisationseinheit: wie oben
3. der Dipl.-Betriebswirt Thomas Beiten, geb. 07.09.1963 in Rostock, wohnhaft Am Bülzgraben 19, 58642 Iserlohn;

ferner PHM Grabow und PK'in z.A. Schommertz (Fustw Union 34).

Auf der mittleren der drei stadtauswärts führenden Fahrspuren stand ein PKW BMW 520i, dunkelblau, Kennz. MK-TB 332. Der hintere linke Reifen des Fahrzeuges war „platt“; es war an der Lauffläche eine ca. 10 mm große kreisförmige Beschädigung erkennbar. Weitere Auffälligkeiten waren nicht ersichtlich. Am rechten Fahrbahnrand, ca. 15 m nach hinten versetzt, stand ein Polizeifahrzeug des Typs Opel Astra. Hierbei sollte es sich um das Einsatzfahrzeug der Beamten Seibert und Rolfes handeln.

PHM Grabow und PK'in z.A. Schommertz berichteten, sie hätten über Funk gehört, dass Kollegen auf der Märkischen Str. um Unterstützung baten. Sie seien unter Ausnutzung der Sonderrechte sofort zum angegebenen Einsatzort gefahren. Aus Richtung Innenstadt sei ihnen der oben beschriebene BMW entgegen gekommen. Der Wagen sei sichtbar in Schlingerbewegungen gefahren. Da dieser BMW laut Funkspruch aufgehalten werden sollte, hätten sie sich mit dem Einsatzfahrzeug quer auf die Fahrbahn gestellt und seien ausgestiegen. Der BMW sei dann auch vor ihrem Fahrzeug zum Stehen gekommen. PHM Grabow sei darauf hin mit gezogener Dienstwaffe zu dem PKW gelaufen. PK'in z.A. Schommertz sei zur Sicherung hinter ihm hergegangen. Zwischenzeitlich seien weitere Streifenwagen eingetroffen. Da der Fahrer des BMW sichtbar die Hände mit ausgestreckten Fingern über das Lenkrad gehalten und weitere Beamte mittlerweile gesichert hätten, habe PHM Grabow seine Waffe eingesteckt, die Tür geöffnet und den Fahrer aufgefordert, auszusteigen. Dies habe der Fahrer dann auch anstandslos getan.

Von einer weiteren Zeugin, einer Frau Carola Junkermann, seien von anderen Kollegen die Personalien notiert worden.

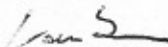
Da nach dem ersten Eindruck ein Anfangsverdacht strafbarer Handlungen sowohl gegen den Fahrer des BMW Beiten als auch gegen die Beamten Seibert und Rolfes nicht auszuschließen war, wurden alle drei Personen von KK'in Püttner nach § 163a IV StPO belehrt. Sie erklärten, z. Zt. keine Angaben zur Sache machen zu wollen.

Eine Durchsuchung des BMW sowie weitere Spurensuche verliefen ohne Ergebnis. Die Dienstwaffen der Beamten Seibert und Rolfes (Heckler & Koch 9 mm) wurden sichergestellt.

In der Waffe des Beamten Seibert befanden sich noch 4 Patronen, in der Waffe des Beamten Rolfes noch alle 8 Patronen. In das Magazin dieser Waffen passen jeweils 8 Patronen.

Die Beteiligten wurden nach Personalienfeststellung entlassen.

Die weiteren Ermittlungen übernimmt KK 13/14.


Lauber, KOK



3

Polizeipräsidium Dortmund

- ZKB -

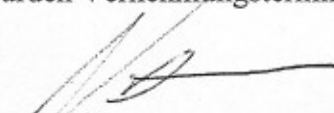
- KK 13/14 -

06.09.2001

Vermerk

Die Beamten Seibert und Rolfes gaben heute eine gemeinsame schriftliche Stellungnahme zu dem gestrigen Vorfall ab, die diesem Vermerk nachgeheftet ist.

Heute meldete sich nach Zeitungsberichten eine Person, die zu dem Vorfall Angaben machen könne. Mit dieser Person sowie der im Bericht der PI Mitte erwähnten Zeugin Junkermann wurden Vernehmungstermine vereinbart.


Neues, KHK

Polizeipräsidium Dortmund
- PI Mitte -
POM Seibert
POM Rolfes




06.09.2001


4

Bei der Durchführung einer allgemeinen Verkehrskontrolle in der Elisabethstr. in Dortmund hielten wir auch einen dunkelblauen BMW 520i, amtl. Kennzeichen MK -TB 332 an und verlangten von dem Fahrer Führerschein und Fahrzeugschein. Der Fahrer tat zunächst auch so, als ob er aus der Gesäßtasche eine Brieftasche mit den Papieren ziehen wollte. POM Seibert streckte auch bereits seine Hand in das Fahrzeuginnere, um die Papiere entgegenzunehmen, während POM Rolfes sich zur Absicherung rechts hinter POM Seibert befand. Ganz unvermittelt und ohne irgendeinen Anlass stieß der BMW-Fahrer jedoch die Hand von POM Seibert zur Seite, fuhr das Seitenfenster hoch und fuhr mit quietschenden Reifen los. POM Seibert schrie noch : „Halt ! Anhalten !“. Dies konnte den BMW-Fahrer aber nicht mehr zum Stoppen bewegen.

Ohne auf den rückwärtigen Verkehr zu achten, fuhr der BMW die Elisabethstr. weiter. Wir sprangen in unser Fahrzeug, wobei POM Seibert das Steuer übernahm, und verfolgten den BMW, der mit hoher Geschwindigkeit über Gutenbergstr., Ruhrallee und Saarlandstr. in die Märkische Str. fuhr. An der nächst folgenden Ampel (Kreuzung Heiliger Weg) musste der Fahrer des BMW verkehrsbedingt anhalten. Unser Dienstwagen hielt ca. 2 oder 3 Fahrzeugreihen dahinter. POM Rolfes stieg aus, ging zur linken Seite des BMW und rief mehrfach: „Aussteigen, Polizei!“. Dem kam der BMW-Fahrer nicht nach und fuhr vielmehr los. POM Seibert zog den Dienstwagen vor und POM Rolfes stieg zur Fortsetzung der Verfolgung erneut ein. Der BMW-Fahrer wechselte mehrfach die Fahrspur und fuhr mit hoher Geschwindigkeit. An der Ampel Kronenburgallee musste er erneut halten, weil mehrere Fahrzeuge vor ihm standen. Während unser Fahrzeug noch ausrollte, stieg POM Rolfes aus, lief erneut zur linken Seite des BMW, wobei er seine Dienstwaffe gezogen hatte und in Grundhaltung auf den Boden richtete, und rief: „Aussteigen, Polizei!“. POM Seibert hatte sich inzwischen mit gezogener Waffe unmittelbar hinter den BMW begeben.

Der BMW-Fahrer fuhr, als die Fahrzeuge vor ihm anfahren, wiederum los. POM Seibert gab zwei Warnschüsse senkrecht in die Luft ab, weil aufgrund der Flucht in der Elisabethstr. nunmehr der Verdacht bestand, der BMW-Fahrer wolle sich vielleicht einer Festnahme entziehen. Als der Fahrer immer noch nicht anhielt, hob POM Seibert die Waffe, zielte auf den linken hinteren Reifen des PKW und schoss ein oder zweimal. Der BMW fuhr trotzdem weiter, geriet aber ins Schlingern und wurde dann an der Ampel Höhe Finanzamt von den zwischenzeitlich eingetroffenen Funkstreifenwagen gestellt.


Rolfes, POM


Seibert, POM

Zeugenvernehmung

Der/die nachgenannte Zeuge(in) erschien

- (x) auf Grund einer Vorladung
() aus eigener Veranlassung

Zutreffendes (x) oder ausfüllen

Name, Vorname, ggf. Geburtsname
Heimeier, Gernot
Staatsangehörigkeit/ geb. am, in
Deutsch, geb. 12.03.1968 in Fröndenberg
Beruf/ Wohnort, Straße, Hausnummer
Informatiker, Liebigstr.12, 44139 Dortmund

Mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht, erklärt der/die Zeuge(in) folgendes:

Ich bin mit den Beschuldigten weder verwandt noch verschwägert. Ich wurde darauf hingewiesen, dass ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mich oder einen Angehörigen der Gefahr aussetzen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

Ich war am 05.09.2001 in der Innenstadt unterwegs. Ich fuhr mit meinem Jeep Landrover, pol. Kennzeichen DO-GH 1276, vom Wall in die Elisabethstr. herein. Dort bemerkte ich, dass auf der rechten Fahrbahnseite ein dunkler BMW und davor ein Streifenfahrzeug der Polizei stand. Neben dem BMW standen zwei Polizeibeamte in Uniform.

Aufgrund der Tatsache, dass dort eine Verkehrskontrolle durchgeführt wurde, fuhr ich recht langsam, zumal in diesem Bereich auch eine Tempo-30-Zone ist. Ich fuhr aber langsamer als 30 km/h.

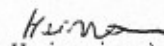
Ich konnte recht genau erkennen, wie der eine Polizeibeamte seine Hand in das Fahrzeuginnere streckte, wohl um die Papiere des Fahrers entgegen zu nehmen. Sein Kollege stand etwas versetzt hinter ihm. Dann bemerkte ich, wie die Hand des Polizisten plötzlich nach hinten gedrückt wurde und er hastig ein bis zwei Schritte zurück trat. Sofort danach fuhr der BMW mit laut quietschenden Reifen an und an dem vor ihm stehenden Polizeiwagen unter starker Beschleunigung vorbei. Der eine Beamte hat noch „Halt, anhalten!“ geschrien, was ich deshalb gut hören konnte, weil ich mich der Kontrollstelle schon sehr angenähert hatte. Der BMW-Fahrer ließ sich aber nicht beirren und fuhr weiter, um danach in die Gutenbergstraße einzubiegen.

Der Beamte, der kontrolliert und geschrien hatte, rief seinem Kollegen zu: „Der haut ab!“ Darauf liefen beide zu ihrem Polizeifahrzeug und folgten dem BMW. Das ist alles, was ich dazu sagen kann.

Geschlossen:



(Neues, KHK)

selbst gelesen,
genehmigt, unterschrieben
(Gernot Heimeier)

KK 13/14.-K.-Tgb.-Nr. 309/01

Zeugenvernehmung~~Der~~/die nachgenannte Zeuge(in) erschien

- (x) auf Grund einer Vorladung
() aus eigener Veranlassung

Zutreffendes (x) oder ausfüllen

Name, Vorname, ggf. Geburtsname
Junkermann, Carola
Staatsangehörigkeit/ geb. am, in
Deutsch, geb. 31.10.77 in Nachrodt-Wiblingwerde
Beruf/ Wohnort, Straße, Hausnummer
Lehramtsstudentin, Schillingstr.39, 44139 Dortmund

Mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht, erklärt ~~der~~/die Zeuge(in) folgendes:

Ich bin mit den Beschuldigten weder verwandt noch verschwägert. Ich wurde darauf hingewiesen, dass ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mich oder einen Angehörigen der Gefahr aussetzen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

Am letzten Donnerstag, den 05.09.2001, fuhr ich mit meinem Motorroller die Märkische Str. in Dortmund stadtauswärts. Es herrschte erheblicher Verkehr auf beiden Seiten der jeweils zweispurig ausgebauten Märkischen Str. Kurz vor der Einmündung der Kronenburgallee in die Märkische Str. bemerkte ich ein Einsatzfahrzeug der Polizei mit eingeschaltetem Blaulicht. Von diesem Fahrzeug aus lief ein Polizeibeamter nach vorne zu einem dunklen PKW. Dieser Mann trug in der rechten Hand eine Waffe. Ich kann aber nicht mehr sagen, wohin sie gerichtet war. Der junge Mann postierte sich dann etwas versetzt vor dem dunklen PKW. Ich dachte, jetzt macht er den Fahrer dieses PKW fertig. Von einem Wortwechsel oder Rufen habe ich nichts wahrgenommen.

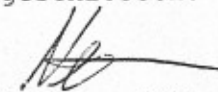
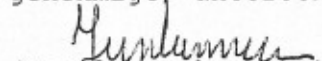
Das nächste, was ich registrierte, waren zwei Schüsse und dann kurz danach noch einmal zwei Schüsse. Wie ich sah und hörte, gab ein anderer Polizeibeamter, der wohl den Polizeiwagen gefahren hatte und nunmehr ausgestiegen war, Schüsse auf das bereits wegfahrende dunkle Auto ab. Vorher hatte aber der andere noch gerufen: „Lass ihn fahren, die anderen bekommen ihn sowieso“. Wenn ich gefragt werde, wie weit sich der Schütze bei Abgabe der Schüsse hinter dem dunklen PKW befand, so kann ich sagen, dass dies sicherlich mindestens 20 Meter waren. Der dunkle PKW hatte die Kreuzung schon überquert.

Ich sah dann, wie die beiden Beamten in ihren Polizeiwagen stiegen, losfuhren und über die Kreuzung preschten, während alle anderen Fahrzeuge noch standen. Ich hatte den Eindruck, dass der Fahrer des dunklen Fahrzeuges von den Polizisten abgeknallt werden sollte.

Ich bin auf dem Bürgersteig stehen geblieben, um abzuwarten, was geschah. Nach einer Weile, ich schätze zwei Minuten, sausten plötzlich jede Menge Einsatzfahrzeuge mit Blaulicht und Sirene vorbei. Später hielt ein Polizeibus neben mir an und fragte, ob ich etwas gesehen hätte. Die Beamten notierten meine Personalien und sagten mir auch, dass niemand verletzt worden sei. Sie baten mich dann, mitzukommen. Man brachte mich bis in Höhe des Finanzamtes, wo ich die beteiligten Fahrzeuge wieder erkannte. Da sah ich dann auch die beiden Polizeibeamten wieder, von denen der eine geschossen hatte.

Mehr kann ich zu dem Ganzen nicht sagen.

geschlossen:


(Neues, KHK)selbst gelesen,
genehmigt, unterschrieben
(Carola Junkermann)

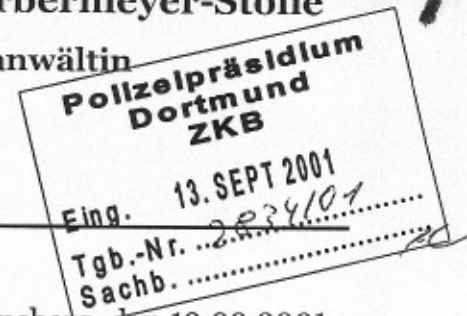
Johannes Färbermeyer

Rechtsanwalt

Gertrud Färbermeyer-Stolle

Rechtsanwältin

Rechtsanwälte Färbermeyer · Wagenbergstr. 5 · 59759 Arnsberg (Hüsten)



An das
Polizeipräsidium Dortmund
- KK 13/14 -

Markgrafenstr. 102

44139 Dortmund

59759 Arnsberg, den 12.09.2001
Wagenbergstraße 5
Telefon: 02932/96743-44
Telefax: 02932/96750

Dresdner Bank Arnsberg
Kto.-Nr. 800 232 100 (BLZ 440 800 50)

Sparkasse Arnsberg-Sundern
Kto.-Nr. 2010800 (BLZ 466 500 05)
Fä/Lo 37/01 S

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Beifügung einer entsprechenden Vollmacht zeige ich die Vertretung von Herrn Thomas Beiten, Am Bülzgraben 19, 58642 Iserlohn, betreffend die Vorfälle am 5.9.2001 in Dortmund, an.

Zunächst beantrage ich

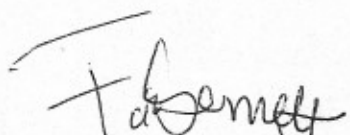
Akteneinsicht

und bitte zu diesem Zweck um Übersendung der Ermittlungsakte für drei Tage in mein Büro. Umgehende Rückgabe wird anwaltlich versichert.

Bereits jetzt stelle ich namens meines Mandanten Strafantrag gegen die beteiligten Beamten wegen aller in Betracht kommenden Delikte.

Das Verhalten der Polizeibeamten war völlig überzogen und der Situation nicht angemessen. Es gab jedenfalls keinen Anlass, durch den Gebrauch der Schusswaffe meinen Mandanten sowie andere Verkehrsteilnehmer in Lebensgefahr zu bringen. Es kann nicht das Handlungsprinzip der Polizei sein, mit „Kanonen auf Spatzen zu schießen“.

Soweit gegen meinen Mandanten strafrechtlich ermittelt wird, wird er sich zur Sache auch in einem eventuellen Gerichtsverfahren nicht einlassen.


Färbermeyer, Rechtsanwalt



8

Polizeipräsidium Dortmund

- ZKB -

- KK 13/14 -

18.09.2001

Verfügung


1. Vermerk: Der beschuldigte Beamte Seibert wurde von mir nach erneuter Belehrung telefonisch befragt, ob er für eine ergänzende verantwortliche Vernehmung zur Verfügung stünde. Er erklärte, er hätte nach anwaltlicher Beratung beschlossen, keine weiteren Angaben als die bereits hier vorliegenden zu machen. Weitere erfolgversprechende Ermittlungsansätze sind nicht ersichtlich.

Auch der Verteidiger des Herrn Beiten teilte telefonisch mit, dass nach erfolgter Akteneinsicht keine Einlassung seines Mandanten mehr erfolge.

2. U.m.A.

der StA Dortmund

zum weiteren Befinden übersandt.


Neues, KHK



Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft hinsichtlich der Beschuldigten Beiten und Seibert ist vorzuschlagen.

Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, dass diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert zu werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Falle einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Prüfervermerk zur Vortragsakte

KV 2592

Dem Vortrag liegt die Austauschaufgabe S 2 (November 2000) des Niedersächsischen Justizministeriums – Landesjustizprüfungsamt – zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist keine Musterlösung. Die Hinweise sollen lediglich die Probleme aufzeigen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe als Vortrag auszugeben. Für eine praxisgerechte Bearbeitung ist es nicht erforderlich, dass ein Prüfling alle hier angesprochenen Fragen behandelt.

A. Materiell-rechtliches Gutachten

I. Strafbarkeit des Beschuldigten Beiten (B) gem. § 113 I StGB

Eine rechtmäßige Vollstreckungshandlung dürfte in Form der Allgemeinen Verkehrskontrolle vorgelegen haben. Insoweit wird von der Rechtsprechung angenommen, dass auch eine allgemeine Verkehrskontrolle dem Begriff der Vollstreckungshandlung unterfällt. Denn die Polizeibeamten, die eine allgemeine Verkehrskontrolle durchführen, handeln aufgrund eigener, selbständiger Entschließung zur unmittelbaren Verwirklichung des sich hierbei aus § 36 V 1 StVO ergebenden Gesetzeswillens, wenn sie einen Kraftfahrer anhalten (BGHSt 25, 313, 315). B dürfte in tatsächlicher Hinsicht durch das zur Seite Stoßen der Hand des Beamten und das anschließende Wegfahrmanöver (dies dürfte sich aus den Zeugenaussagen der Herren Rolfes und Heimeier ergeben) mit Gewalt Widerstand gegen die rechtmäßige Diensthandlung geleistet, d.h. den Beamten durch ein aktives Vorgehen zur Unterlassung der Vollstreckungshandlung genötigt (Tröndle/Fischer, § 113, RdNr.18), haben. Mangels anderweitiger Anhaltspunkte ist von einem vorsätzlichen und schuldhaften Verhalten des B auszugehen.

Hinsichtlich des B dürften sich in der Folge keine zureichenden Anhaltspunkte für Straftaten mehr ergeben. Die bloße Flucht trotz Haltegebotes kann insbesondere keinen Widerstand mehr darstellen, da es an jeder Gewaltausübung gegen die Beamten fehlt. Konkrete Gefährdungen anderer Verkehrsteilnehmer sind nicht ersichtlich, so dass die gewonnenen Erkenntnisse insbesondere nicht für eine Bejahung von Tatbeständen des § 315c StGB ausreichen.

II. Strafbarkeit des Seibert (S) gem. § 315b I Nr.1 StGB durch die Schüsse auf den PKW

Die Schüsse auf den Reifen haben objektiv ein Fahrzeug beschädigt. Aufgrund des Umstandes, dass jedenfalls das Fahrzeug über den Reifen hinaus hätte Schaden nehmen können (das Fahrzeug war bereits ins Schlingern geraten), dürfte auch eine fremde Sache von bedeutendem Wert gefährdet worden sein. Gefährdungsvorsatz ist insoweit zu unterstellen.

Vertretbar dürfte es auch erscheinen, eine zumindest bedingt vorsätzliche Gefährdung von Leib und Leben des B anzunehmen (eine solche Gefährdung dürfte objektiv vorgelegen haben). Denn laut Aussage der Zeugin Junkermann befand sich der Beschuldigte bei Abgabe der Schüsse bereits mindestens 20 Meter hinter dem Fahrzeug, so dass wohl selbst für einen zielsicheren Schützen unter Berücksichtigung dessen, dass es sich um ein bewegliches Ziel handelte, nicht ausgeschlossen werden konnte, dass die Schüsse den B treffen oder dass zumindest der B aufgrund der Beschädigung des Reifens die Kontrolle über das Fahrzeug verlor.

Fraglich ist hier, ob der Schusswaffeneinsatz gerechtfertigt ist. Hier dürften die Voraussetzungen des § 163b I 1, 2 StPO vorliegen. B war einer Straftat verdächtig, seine Identität war unklar. Damit waren die zur Feststellung der Identität erforderlichen Maßnahmen gerechtfertigt, wobei hinsichtlich des Festhaltens die weiteren Voraussetzungen des § 163b I 2 StPO vorliegen müssen. Es war hier wohl erforderlich, zum Zwecke der Identitätsfeststellung Zugang zu B zu erhalten, schon um ggfs. die weiteren Maßnahmen nach § 163b I 3 StPO durchführen zu können. Insbesondere waren S und R wohl nicht darauf verwiesen, das Eintreffen anderer Streifenwagen abzuwarten.

Ggf. lag auch ein Festnahmerecht nach § 127 I 1 StPO vor, welches bei Fluchtverdacht i.S.d. Vorschrift auch der Polizei zusteht, nicht jedoch lediglich zur Identitätsfeststellung (Kleinknecht/Meyer-Goßner, § 127 RdNr.7; str.). Ob Fluchtverdacht nach dieser Vorschrift (der Begriff unterscheidet sich von dem des § 112 II Nr.2 StPO; s. hierzu Kleinknecht/Meyer-Goßner, § 127, RdNr.10) vorlag, dürfte allerdings zweifelhaft, aber nicht unvertretbar sein. Dagegen dürften die Voraussetzungen des § 127 II StPO wohl nicht vorgelegen haben.

Im Rahmen der Prüfung des § 127 I 1 StPO dürfte allerdings noch zu erwägen sein, ob die Anwendung des konkreten Festhaltungsmittels gerechtfertigt war. Die nähere Bestimmung der zum Festhalten bzw. zur Festnahme einzusetzenden Zwangsmittel wird weder von § 127 StPO noch von § 163b StPO vorgenommen. Für Polizeibeamte gelten die Regelungen der Landespolizeigesetze (Kleinknecht/Meyer-Goßner, § 127, RdNr.20). Insoweit bestimmt § 63 I 1 PolG NW allgemein für die Zulässigkeit des Schusswaffengebrauchs, dass andere Zwangsmittel erfolglos angewendet wurden oder keinen Erfolg versprechen. Angesichts des vorherigen Anhalteversuches dürfte S davon ausgehen, dass der B ohne Einsatz von Zwangsmitteln nicht anhalten würde. Die Androhung des Schusswaffengebrauchs findet sich in Form der Warnschüsse, siehe § 61 I 3 PolG NW. Bei der weiteren Prüfung der polizeirechtlichen Zulässigkeit dürfte davon auszugehen sein, dass Schusswaffengebrauch gegen Personen vorliegt, da Schusswaffengebrauch gegen fahrende Kraftfahrzeuge wegen der Gefahr für die Insassen grundsätzlich Schusswaffengebrauch gegen diese ist (Tegtmeyer, PolG NW, § 63, RdNr.5). Da aber keine der Voraussetzungen des § 64 I PolG NW vorlag, dürfte die Tat des S nicht gerechtfertigt gewesen sein.

Soweit von den Bearbeitungen Schusswaffengebrauch gegen Sachen angenommen wird, dürfte dies, da die zitierte Kommentierung zum PolG nicht vorliegt, vertretbar, aber auch für die weitere Prüfung unschädlich sein. Denn unter dieser Prämisse wäre die Abgabe von Schüssen auf das Auto wohl unverhältnismäßig i.S.d. § 2 PolG NW gewesen.

Die gem. § 303 I StGB begangene Sachbeschädigung (Strafantrag gem. § 303c StGB wurde von B gestellt) wird von § 315b I Nr.1 StGB verdrängt (Tröndle/Fischer, § 315b, RdNr.10).

B. Prozessrechtliches Gutachten

Hinsichtlich des B und des S dürfte Anklage zum AG Dortmund – Strafrichter – zu erheben sein. Genauso gut vertretbar dürfte die Beantragung eines Strafbefehls sein (s. auch Nr. 175 RiStBV.).

Gem. Nr.15 MiStra sind sowohl Strafbefehlsantrag als auch Anklage dem Polizeipräsidenten Dortmund als Dienstvorsetztem mitzuteilen.

Textkontrolle: StGB, StPO, StVO, PolG NW